

**An den
Landkreis Oldenburg
Delmenhorster Strasse
Wildeshausen**

**Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Landkreis Oldenburg
Elke Szepanski
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
An der Schule 8
27798 Hude
Tel.: 04484 9579408
Mobil: 015112526165
Mail: elke.szepanski@gmx.de
www.gruene-oldenburg-land.de**

11.05.2020

Betr: Resolution an die Landesregierung zur Durchführung einer Überwachungsaktion in Fleischbetrieben/Schlachthöfen mit anschließendem Bericht und Handlungskonzept, orientiert am Beispiel von NRW

Sehr geehrter Herr Landrat,

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, den o.a. TOP auf die nächste Tagesordnung des Kreistages am 14.07.2020 zu setzen:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

Der Landesminister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung Niedersachsens, Herr Dr. Althusmann, wird aufgefordert in Anlehnung an die vom Juli bis September 2019 durchgeführte „Überwachungsaktion“ des Arbeitsministers Laumann von NRW „Faire Arbeit in der Fleischindustrie“ eine entsprechende Untersuchung bei den hiesigen Betrieben durchführen zu lassen. Darüber hinaus sollen als Ergebnis, wie in dem beiliegendem Bericht dargelegt, wirksame Untersuchungsintervalle und Maßnahmen festgelegt werden, die die Arbeitsschutz- und Lebenssituation von Werkvertragsarbeiter*innen erheblich verbessert.

Begründung:

Das Untersuchungsergebnis in NRW zeigt, dass bei 30 Großbetrieben mit ca. 17.000 Mitarbeiter*innen insgesamt 8752 Verstöße festgestellt wurden. Davon

- 5.863 Einzelverstöße im Bereich des Arbeitszeitrechts.
- 2.481 Mal fehlten arbeitsmedizinische Vorsorgen
- 296 technische Arbeitsschutzmängel
- 112 Mängel in der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes.

Bei den festgestellten Mängel handelte es sich bei 85 % um erhebliche Mängel, nur 15 % wurden als geringfügig eingestuft.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Überwachungsaktion nicht nur Erkenntnisse über mangelhaften Arbeitsschutz sondern auch über unangemessene Lohnabzüge und unwürdige Unterkünfte festgestellt.

Laut CDU Arbeitsminister Laumann NRW zeigt die Untersuchung, dass die Beschäftigten von Werkvertragsfirmen in der Fleischwirtschaft zu einem Großteil strukturell benachteiligt werden.

Zitat: „Diese Situation ist für ihn als Arbeitsminister nicht akzeptabel.“

Der Bericht bietet nicht nur Ergebnisse sondern gibt auch Hinweise, wie man die Situation besser kontrollieren kann (z. B. überprüfbare Arbeitszeiterfassung, regelmäßigere Kontrollen, höhere Bußgelder).

Durch die Corona-Pandemie sind die schlechten Arbeits- und Unterbringungsbedingungen in den Schlachthöfen tlw. in den Fokus geraten, weil in mehreren Betrieben in NRW und Schleswig Holstein es hohe Infektionsraten bei den Werkvertragsarbeiter*innen gegeben hat.

Ministerpräsident Weil hat angekündigt, dass die MA*innen in den Firmen gezielt getestet werden.

Dies reicht aber nicht aus.

Die Arbeits- und Unterbringungsbedingungen, sind nach wie vor skandalös und darüber hinaus in der heutigen Zeit Nährboden für das Virus. Die Menschen, die häufig eine mehr als 60 Stunden-Woche ertragen müssen sind auf Grund der Belastungen auf der Arbeit geschwächt. Darüber hinaus können die Hygienebedingungen aus bekannten Gründen in den Unterkünften nicht eingehalten werden.

Die eingeleiteten Maßnahmen im Landkreis müssen weiterhin konsequent verfolgt werden. Allerdings muss es auch im Interesse einer Landesregierung sein, dass bereits schon jahrelang bekannte erhebliche Mißstände in diesem Bereich weiterhin aufgedeckt, geahndet und beseitigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion

Elke Szepanski

Anlage: Abschlussbericht Überwachungsaktion „Faire Arbeit in der Fleischindustrie“

Link:<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI17-218.pdf>